

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. J. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei F. Strelfand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.
Achtundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei S. F. Paube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidendank“.

Ar. 902.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Freitag, 23. Dezember.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaaltene Pettzeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1881.

Erscheinen der Zeitung.

In den Weihnachts-Feiertagen erscheint keine
Zeitung. Unsere letzte Hauptnummer vor dem
Feste ist morgen Abend um 8 Uhr, sowohl in der
Expedition, als auch bei den Distributionsstellen
in Empfang zu nehmen. Inserate für diese Num-
mer werden bis morgen Mittag angenommen. Die
kleine Abend-Ausgabe fällt für morgen aus.

Amtliches.

Berlin, 22. Dezember. Der Kaiser hat den vortragenden Rath
bei dem Rechnungshofe des deutschen Reichs, bisherigen Ober-Rechnungs-
Rath Ehrhardt zum Geheimen Ober-Rechnungs-Rath ernannt;
und dem Marine-Kapitän von Scheidt in Danzig den Charakter als
Rechnungs-Rath verliehen.

Der König hat den Regierungs-Rath Lodemann zu Arnberg zum
Ober-Regierungs-Rath, sowie den Amtshauptmann Febrn von Dörn-
berg zu Jburg zum Landrath ernannt, und den bei dem Ministerium
der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten angestellten
Geheimen Registratoren Thurm und Schwarz den Charakter als
Kanzler-Rath und den bei demselben Ministerium angestellten Geheimen
epeditenden Sekretär und Kalkulator Laische den Charakter als
Rechnungs-Rath verliehen.

Der Ober-Regierungs-Rath Lodemann ist dem Regierungs-Präsi-
denten in Marienwerder beigegeben worden. Dem Landrath Freiherrn
von Dörnberg ist das Landrathsamt im Landkreise Kassel übertragen
worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 23. Dezember.

Die „Germania“ versteht nicht, daß die „Kreuztg.“ sich
auch bei dem Gesetze vom 4. Mai 1874 noch die Hinter-
thür einer „Modifikation“ offen halten will. Was die
„Kreuztg.“ sich bei diesem Vorbehalt gedacht hat, wissen wir
natürlich nicht, möchten aber die „Germania“ auf die kürz-
lich erschienene Broschüre: „Ein Vorschlag zur Beilegung
des Kulturkampfes von einem freisinnigen Katholiken“
aufmerksam machen. In derselben wird in Anknüpfung
an die Erörterung der Abänderungen des Gesetzes vom
11. Mai 1873 über die Ausbildung und Anstellung der
Geistlichen gesagt: „An dem Reichsgesetz vom 4. Mai 1874
betr. die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchen-
ämtern würde nur eine formelle Aenderung dahin,
daß die Berufung (§ 3 Min. 2) ganz allgemein an das
Reichsgericht (anstatt in Preußen an den kirchlichen Ge-
richtshof) stattzufinden habe, getroffen werden müssen.“ Vorbe-
haltenlich dieser Aenderung würde nach der Ansicht dieses „frei-
sinnigen Katholiken“ das Gesetz vom 4. Mai 1874 einen Be-
standtheil der kirchenpolitischen Gesetzgebung des Reichs zu
bilden haben. Die Sekläre der Broschüre ist namentlich auch
den Angehörigen der Fortschrittsfraktion zu empfehlen. Die Presse
der zuletzt genannten Partei beginnt nämlich bereits sich für
den Antrag Windthorst zu erwärmen. Die Berliner
„Volkszeitung“ meint, daß alle freisinnigen Männer Herrn
Windthorst dankbar sein sollten, daß er die Initiative ergriffen
hat, um jene Grenzen der Gesetzgebung wieder herzustellen,
welche unter keinen Umständen überschritten werden sollten, und
hält es keineswegs für ausgeschlossen, daß der Antrag durch die
Unterstützung der Liberalen die Mehrheit erlangt. Die Einigkeit
aller Liberalen in dieser Frage liegt also noch im weiten Felde.

In welcher Art bei der jüngst vollzogenen Wahl
im Kreise Sorau, in der die Herren Witt (Sezessionist)
und Schön (konservativ) gegenüberstanden und schließlich der
Erstere gewählt wurde, von den Konservativen gewählt worden
ist, dafür liefert ein Extrablatt des „Posener Tageblatts“ einen
eigenhümlichen Beweis. Es wird da ein Brief eines ungenann-
ten „Kameraden“ an den Sozialdemokraten Zisowsky ver-
öffentlicht, worin Letzterem der Rath ertheilt wird, sich der Wahl
zu enthalten, weil die Fabrikanten beschloffen, mit den Geschenken
für die Weihnachtsbescheerung armer Kinder bis Dienstag zu
warten und gar nichts zu geben, wenn Witt gewählt würde.
Zur weiteren Illustration dieses Vorgangs erklärt der ebenge-
nannte Herr Zisowsky noch Folgendes:

„Vor Empfang des oben erwähnten Briefes ging mir am Don-
nerstag Nachmittag von Seiten des hiesigen Fabrikbesitzer Herrn Karl
Lichomass die Einladung zu einer Zusammenkunft zu, welcher ich
auch noch am Nachmittage desselben Tages Folge leistete. Dieser Herr
suchte mich zu veranlassen, darauf hinzuwirken zu wollen, daß die So-
zialdemokraten bei der am Montag, den 19. ds., stattfindenden Stich-
wahl sich der Wahl enthalten möchten, wobei derselbe der unter den
hiesigen Fabrikanten herrschenden Erbitterung Erwähnung that und
in nicht mißzuverstehender Weise auf das nahe Weihnachtsfest und
die damit verbundenen ortsüblichen Weihnachtsbescheerungen hin-
wies, welche im Falle einer nicht zu Gunsten der Konservativen
ausfallenden Wahl entweder gänzlich oder bedeutend geringer
ausfallen würden. Ich lehnte dieses entwürdigende Ansuchen ent-
schieden mit der Bemerkung zurück, daß ich und meine Parteigenossen
andere Begriffe von Wahlfreiheit und dem verfassungsmäßigen Rechte
jedes Staatsbürgers, nach freier Ueberzeugung zu wählen, hätten und
ich ferner in dieser Angelegenheit nichts zu thun im Stande sei. Auch
glaube ich bestimmt erklären zu können, daß der obige Brief, da derselbe,
seinem Inhalt und den darin entwickelten Motiven nach, der
katholischen Unterrebung vollständig entspricht, nur von konser-

vativer Seite ausgegangen ist und ferner darauf berechnet zu sein
scheint, die Stimmen der Sozialdemokraten ganz von der Stich-
wahl fernzuhalten, resp. dieselben für den konservativen Kandidaten
zu gewinnen.

Was haben die Herren Konservativen auf diese Vorhal-
tungen zu erwidern?

Es dürfte interessiren, zu sehen, wie man unsere augen-
blickliche innere Lage im befreundeten Auslande auffaßt.
Wir drucken daher aus der sehr gemäßig liberalen Wiener „Presse“
folgende Erörterung, welche die Ueberschrift „Bismarck und
die Kurie“ führt, an dieser Stelle im Wesentlichen ab. Der
Artikel lautet:

„Fürst Bismarck führt gegenwärtig eine Rekognosizierungs-Aktion
im großen Style und nach mehreren Richtungen zugleich aus. Der
Reihe nach haben der Kanzler, seine Staatssekretäre und seine Offizien
die Fortschrittspartei, die Nationalliberalen und das Centrum ange-
griffen. Die ganze bisherige Session des Reichstags ist nichts als eine
Folge von Einzelskämpfen gewesen und da die Erbitterung auf den
höchsten Grad gestiegen war und im Parlamente schon die unparla-
mentarischen Worte wie Schneeflocken flogen, wendet sich das eigent-
liche Kampforgan gegen den Reichstag selbst, den es beschuldigt, das
deutsche Reich im Auslande zu kompromittiren. Die Reichsregierung
hat gleichzeitig die liberale Minorität herausgefordert und die liberal-
konservative Majorität zersprengt, und indem sie die Volksvertretung
als solche nebstbei in der geringschätzigen Weise behandelte, alle
Freunde der parlamentarischen Regierung ohne Unterschied des politi-
schen Bekenntnisses abgestoßen. Nicht nur Richter und Ridert, auch
Bennigsen und Windthorst befanden sich im Augenblicke der Vertagung
auf Kriegsfuß mit der Regierung und die „Norddeutsche Allgemeine
Zeitung“ gräbt eigens, um die heutigen Zustände zu kennzeichnen,
einen Erlaß Gulenburg's I. aus dem dem budgetlosen Jahre 1863
über das Recht der Regierung heraus, durch ihre Beamten die
Wahlen zu machen. Alle Welt fragt sich, wo das hinaus will und
welche Vortheile, welche Ausflüchtungen sich der Kanzler von seiner Reko-
gnosizierung und den mit derselben verbundenen Feindseligkeiten ver-
spricht, mit welcher er alle Parteien gegen sich aufreizt? Die Antwort
liegt nahe, wenn man sich gegenwärtig hält, daß der Kanzler mit dem
jetzigen Reichstag bezüglich der Ausführung seiner sozialpolitischen
Pläne nicht mehr rechnet und Neuwahlen vorbereitet, bei welchen eine
gefügige Majorität mit dem ganzen Hochbrude der Verwaltung durch-
gekehrt werden soll. Von diesem Standpunkte ist nicht nur die inner-
politische Aktion verständlich, sondern auch die mehrfache Stellung
des Kanzlers zum Vatikan, wie sie sich in den offiziellen Artikeln der
„Post“ kundgibt. Wenn Fürst Bismarck mit den Mitteln der Kon-
fuzitätzeit der Opposition in den protestantischen Theilen Preußens über
zu werden hofft und diese förmlich herausfordert, um sie schonungslos
erdrücken zu können, so kann er angezogen der Wahlen in der Kultur-
kampf-Periode eine ähnliche Hoffnung bezüglich der katholischen Lan-
destheile Preußens und der ultramontanen Wahlkreise des Reiches nicht
hegen. Dort ist das Möglichste gegen die liberalen Kandidaten seit
zehn Jahren ohne Erfolg versucht worden; die Ultramontanen haben
fort und fort ihre hundert Mann in den Reichstag entsendet. Was
im Kriege mit dem Papste nicht möglich war, soll nun im Frieden mit
demselben versucht werden — das Centrum zu depossidiren oder wenig-
stens so zu schwächen, daß es seine Führer und sein Selbstbewußtsein
verliert. Die gegenwärtige Leitung der ultramontanen Fraktion und letztere
selbst hat die Gewohnheiten der Opposition, welche sie so lange geübt,
nicht schnell genug aufgeben mögen und der Kanzler ist ungeduldig,
zu seinem Ziele zu gelangen; geht es mit Herrn Windthorst nicht, so
könnte es mit dem Papste versucht werden, den zu gewinnen sich die
„Post“ seit drei Wochen die denkbarste Mühe giebt. In einem dritten
Artikel verweist sie sich auf die Drohung an die Adresse der Kurie,
wenn diese nicht das Centrum desavouire, so werde der Kulturkampf
noch einmal und mit ganz anderen Mitteln inszenirt werden. Es ist
 zwar nicht recht ersichtlich, mit welchen, will man nicht die Ultramon-
tanen sammt und sonders deportiren, denn sonst sind alle Maßregeln
 schon versucht worden; indeßen gleichviel, der Papst braucht sich ja
nichts Spezielles bei der Drohung zu denken. Die römische Kurie hat
nun allerdings immer erklärt, daß sie sich in die inneren und Partei-
Angelegenheiten der einzelnen Länder nicht mische, aber Fürst Bismarck
glaubt doch in Baiern ein Präjudiz für eine solche päpstliche Aktion
zu haben, wie er sie wünscht. Dort hat der Vatikan in der That die
ultramontane Majorität desavouirt, die seit Wochen gegen das Mini-
sterium Luz Sturm läuft, allerdings nicht, indem er der Partei Ver-
haltungsmäßig vorschrieb, sondern indem er die Bischöfe seines
Vertrauens zu dem Ministerium Luz versicherte, und dieser ohne Frage
bedeutende Vorgang datirt aus den jüngsten Tagen. Die Folgen
dieser päpstlichen Neuerung werden auch wohl nicht auf sich warten
lassen, denn ein nicht kleiner Theil der katholisch-Patriotischen war
obnedies schon geneigt, mit der Regierung zu kompromittiren. Auf
den Fürsten Bismarck hat diese Wendung ganz offenbar einen tiefen
Eindruck gemacht. Indessen liegen die Dinge in Berlin nicht so ein-
fach wie in München. Hier wurde speziell katholische Opposition ge-
macht, die nach der Desavouierung durch den Papst jeden Vorwand
verlor; die Opposition des Centrums ist nicht nur von konfessionellen,
sondern auch von staatspolitischen und partikularistischen Motiven
dikirt, die bunt durcheinanderlaufen. Der Papst hat es nicht so leicht,
das Centrum zu entwirren, wie die Baiersch-Patriotischen, er müßte
eventuell gegen das Centrum, nicht bloß für den Fürsten Bismarck
optiren, und Sache der Regierung wäre es, mit dem Votum Roms
in der Tasche die katholischen Wähler von ihren bisherigen Gewählten
abzudrängen und eine sans phrase regierungsfreundliche Majorität in
den katholischen Landestheilen durchzuführen. Das ist nun ein Unter-
schied. Die Münchener Majorität bleibt, sie stellt nur auf
Geheiß des Papstes das Gewehr zu Fuß und ist jeden Augenblicke
wieder aktionsfähig; die gouvernemental-katholische
Partei in Preußen wäre ein neues Ding, auf das sich der
Papst für die Zukunft nicht wieder verlassen könnte. Nun giebt Rom
niemals eine Waffe aus der Hand und es begreift sich, daß der Papst
findet, die Aktion in München und in Berlin wäre nicht die gleiche.
Es kommt dazu, daß er sich von der Unternützung des in seine Mehr-
heit protestantischen deutschen Reiches gegen die italienischen „Revo-
lutionäre“ nichts erheblich Praktisches und feinesfalls eine dauerbare
Lösung versprechen mag; das Experiment, das man von ihm verlangt,
wäre also kritisch und der Lohn nicht sicher. Wir verstehen es, daß
der Vatikan sich trotz der Ungebuld des Kanzlers, der diesen Reichstag
vom Halfe haben möchte, besinnt. Daß der Papst über das Geschick

der deutschen Volksvertretung mitentscheidet, ist mehr interessant als
erfreulich.“

Das Resultat der Berathung der Unterrichts-Kommission
des österreichischen Herrenhauses in Sachen der
Prager Universitätsfrage dürfte den czechischen
Blättern Anlaß zu neuen Rekrinationen und Angriffen geben.
Würde indessen in dieser Sache nicht die Parteileibenschaft allein
sprechen, würde man im nationalen Lager die Angelegenheit
nicht als eine bloße Parteifrage behandeln, dann müßte sich auch
dort die Ueberzeugung Bahn brechen, daß die Unterrichts-Kom-
mission, weit entfernt davon, sich zum Werkzeuge kleinlicher
Rakune hinzugeben, einzig und allein das wahre Interesse der
beiden Prager Hochschulen im Auge hat und Garantien für
deren weiteres Prosperiren geschaffen wissen will. Die Unter-
richts-Kommission behandelt die Universitätsfrage vom Stand-
punkte des wissenschaftlichen und des staatlichen Interesses, wäh-
rend sie im Abgeordnetenhaufe bloß von nationalen Gesicht-
punkten aus erörtert wurde. Von einer Verschleppung kann in
keinem Falle die Rede sein, nachdem die Angelegenheit ohnehin
erst Ende Januar vor das Plenum des Herrenhauses gelangen
kann und bis dahin das Subkomite Zeit genug haben wird,
seine Vorschläge zu erstatten.

Ueber die geheime Allokution, die der Papst
gelegentlich der Kanonisationsfeier an das Kardinalkollegium und
an die Bischöfe gerichtet, hat der „Pester Lloyd“ nachträg-
lich Folgendes in Erfahrung gebracht:

Der Papst äußerte, der gegenwärtige Stand der Dinge in Europa lasse
keinen Zweifel darüber, daß die Sache des Papstthums bei Seite geschoben
werden würde; er drückte aber zugleich seine Befriedigung darüber
aus, daß einzelne Regierungen ihn ihrer aufrichtigen Unter-
stützung versichert hätten. Wer diese Regierungen sind, darüber hat der
Papst sich nicht geäußert; aber in den unterrichteten Kreisen Roms
herrscht kein Zweifel über die Art der Unterstützung, die dem Papst-
thum in Aussicht gestellt worden ist. Sie berechtigt keineswegs zu
irgendwelchen Hoffnungen bezüglich der Wiederherstellung der weltlichen
Herrschaft und giebt auch keine Aussicht auf eine Aenderung des Ver-
hältnisses zwischen Italien und dem Vatikan, das von dem Kaiser in
lokalen Werthe dem Garantiengesetz gemäß eingehalten wird. Der
Papst selbst fühlte sich veranlaßt, in der geheimen Allokution zuzugeben,
daß die Dispositionen des Hauses Savoyen gute seien; er bemerkte
jedoch weiter, dieses Herrscherhaus sei mit der Revolution so verquickt,
daß es unfähig geworden, irgend etwas Gutes zu wirken.

Etwas Aehnliches hat bekanntlich Fürst Bismarck
auch gesagt. Es ist neu und bezeichnend, daß und wie der Papst
und der Kanzler des deutschen Reiches sich in ihren Reden be-
gegneten.

Wie aus den pariser Nachrichten hervorzugehen
scheint, soll, wie die „Tribüne“ meint, Rochefort in
seinem Streite mit Roustan nicht das letzte Wort behalten.
Gambetta ist entschlossen, dem Verdikt der Geschworenen zu
trogen. Er hat das Entlassungsgesuch Roustan's nicht angenom-
men, und dieser wird, einer in unserem Mittagsblatte vom Mitt-
woch veröffentlichten telegraphischen Meldung zufolge, demnächst
nach Tunis zurückkehren, um seinen Posten als Ministerresident
wieder einzunehmen. Bemerkenswerth ist an dieser Meldung,
daß von der Absicht Gambetta's, seinen Schützling nach Athen
oder auf irgend einen anderen Gesandtenposten „avanciren“ zu
lassen, nicht mehr die Rede ist. Hierbei war wohl das Bedenken
maßgebend, daß nach den Skandalgeschichten, die sein Prozeß
an's Licht gefördert, Roustan schwerlich einen Hof gefunden hätte,
wo er als persona grata begrüßt worden wäre. Anders steht
es mit dem Bey von Tunis und seiner sauberen Camarilla, für
die Roustan trotz Allem noch ein Tugendideal ist. Uebrigens
handelt es sich nur um ein Provisorium, dessen nächster Zweck
ist, Rochefort und die Radikalen zu ärgern. Für die Dauer soll
der Posten in Tunis durch eine militärische Kraft besetzt werden.
Man nennt als solche den General Lambert, den Reor-
ganisator der tunesischen Armee, dem Roustan lediglich den Boden
ebnen soll.

Unter den Persönlichkeiten, die Rochefort in seinen Enthül-
lungen über Tunis verleumdet hat, befindet sich auch Challe-
me-Lacour, der Botschafter in London, der Rochefort gleichfalls
verklagt hat. Sein Prozeß kommt zur Verhandlung vor dem
Pariser Zuchtpolizeigericht.

Im Hinblick auf diese Instanz, sagt die „Tribüne“, möchte man
fast vermuthen, daß Challemel mit seiner Klage mehr Glück haben
wird, als Roustan vor den Geschworenen. Nach den Ueberlieferungen,
die wir in Betreff des Letzteren erlebt haben, wollen wir indß keine
Prophezeiung wagen. Challemel selbst sieht dem Ausgange mit Ge-
müthsruhe entgegen, da die diplomatische Karriere ihm ohnehin
verleidet ist. Wie uns aus Paris gemeldet wird, beharrt er bei seinem
Demissionsgesuch, indem er ein hartnäckiges Magenleiden vorschützt.
Sein eigentliches Leiden besteht bekanntlich in einer hartnäckigen Span-
nung mit seinem früheren Intimus Gambetta.

In Madrid sind seit einigen Tagen Gerüchte von einer
Ministerkrisis verbreitet und erhalten sich trotz der offiziellen
Dementis, welche denselben entgegengesetzt werden. Die Mäßi-
gung des Justiz- und Kriegsministers haben deren Stellung
gegenüber der Majorität der Kammer nahezu unhaltbar gemacht.
Letztere verlangt die Einführung der Zivilhe und die der
allgemeinen Wehrpflicht, worauf das Cabinet nicht
eingehen will.

Der Kirchenbann, welchen der Bischof von Santander gegen die Redakteure liberaler Blätter ausgesprochen, erregt auf der ganzen Halbinsel noch immer viel Lärm. Die Erzbischöfe von Sevilla, Toledo und Barcelona erließen Mahnungen an die Gläubigen ihrer Diöcese, von der Lektüre liberaler Blätter abzustehen.

Daß in dem Verhältnis Rußlands zu Deutschland nicht mehr Alles so sei, wie es nach der Danziger Entrevue den Augen Europa's erschien und wie es bei derselben, wenn nicht abgemacht, so doch mit guten Hoffnungen versprochen worden ist, können die Nachrichten, die der „Tribüne“ neuerdings aus oft bewährten Quellen zugeflossen sind, nur bestätigen. Die Stimmung, die man in Rußland zu Deutschland trägt, ist, abgesehen vom Hofe, niemals eine freundschaftliche im außer-diplomatischen Sinne des Wortes gewesen, sie ist es aber seit Kurzem noch weniger als je. Die ganze jetzige Verwirrung im Innern, die Stellung Habsburgs an der Donau und am Balkan, die Unmöglichkeit, bezüglich Rumäniens mit Oesterreich abzurechnen, Alles das wird Deutschland in erster Linie nachgetragen. Man vergesse nur nicht, wer der leitende Minister ist, man denke daran, daß nur mit dem Frieden von San Stefano in der Tasche Rußland zurücktreten, nur mit dem vollen Siege der Zar eine volle Autorität mit heimbringen konnte. Statt dessen erlitt die traumhafte Allmacht, die er in der Vorstellung der Südslaven hatte, einen schweren Stoß, und je mehr heute das Chaos zunimmt, desto ingrimmiger, leidenschaftlicher zuckt es heimlich auf dem Gemüthe Derer, die zum Theil noch aus der Schule Gortschakow's stammen und die alle noch eher der österreichischen Politik ihr Dasein vergeben, als der deutschen, die jene seit Jahren beeinflusst. Man muß sich in Deutschland über diese Dinge klar sein: Um Oesterreich handelt es sich nicht, es ist ein Konglomerat, mit dem man in Rußland im Falle der Katastrophe fertig würde, da man den slavischen Anziehungsmagnet besitzt, oder wenigstens zu besitzen glaubt, — es handelt sich um Deutschland. So lange dieses seine jetzige Rolle spielt, so lange wird man in Petersburg empfinden, daß man auf jede frische, lustige Aktion verzichten muß; man wird das gerade so deutlich empfinden, wie in Paris, und das sagt man sich auch; man sagte es kürzlich ungenirt so laut, daß es nicht in Berlin, aber in Paris gehört wurde und — Graf Chaudordy wird Gesandter in Petersburg! Er kann im Augenblick nichts Besonderes thun, aber wir wissen und haben es erlebt, wie man in gewisser Richtung für die Zukunft auf lange hinaus vorarbeiten kann.

Die von der Regierung der Vereinigten Staaten gestellte Zumuthung einer wesentlichen Abänderung des Clayton-Bulwer-Vertrages wird in Altengland und wohl auch in ganz Europa sehr abfällig beurtheilt. Die „Times“ erklärt, die Forderungen Blaine's bedeuteten nichts Geringeres als die völlige Aufhebung der wichtigsten Punkte des Vertrages. Wenn England wirklich den Vereinigten Staaten die militärische Beaufsichtigung des Kanals abtreten wollte, so würde es die Regierung zu Washington in den Stand setzen, durch verschiedene Transitzölle und andere Mittel die amerikanischen auf Kosten der fremden Handelstreibenden zu begünstigen. „Daily News“ bezeichnet die Frage des Panama-Kanals als eine Frage des Seeverkehrs, der Erschließung des langgeträumten Seeweges nach China, Japan, Indien und Australasien. An dieser habe England mindestens das doppelte Interesse, wie die Vereinigten Staaten. Der „Standard“ giebt Herrn Blaine den Rath, dem Beispiele Englands zu folgen und, anstatt Verträge zu kündigen, sich mit der Neutralhaltung des Kanals zu begnügen.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 22. Dezember. In einem durch viele Zeitungen gehenden Artikel einer der liberalen Fraktions-Korrespondenzen wird bemerkt, daß von den am 31. d. M. ablaufenden „diskretionären Vollmachten“ des sogenannten Juli-Gesetzes mit Erfolg Gebrauch gemacht worden. Dies trifft indeß nur betreffs einer einzigen dieser Vollmachten zu; und die Erfolglosigkeit der übrigen ist so charakteristisch, daß es wohl der Mühe werth ist, darauf hinzuweisen. Die einzige jener Bestimmungen, welche zur Anwendung kam, war die, welche die Regierung ermächtigte, Bisthumsverweser ohne Ableistung des gesetzlich vorgeschriebenen Eides zuzulassen, d. h. ein Paragraph des Juli-Gesetzes, welcher keinerlei Entgegenkommen der Hierarchie voraussetzte. Wenn in fünf Bisthümern die Zahlung der Staatszuschüsse wieder aufgenommen und die Vermögensverwaltung durch Staatskommissare aufgehoben wurde, so ist dies in Osnabrück, Paderborn und Breslau in Folge der Einsetzung von Bisthumsverwesern, in Trier und Fulda in Folge der Ernennung von Bischöfen geschehen, in allen fünf Diöcesen also in ganz normaler Weise auf Grund des Gesetzes über die Einstellung der Staatsleistungen, welches die Wiederaufnahme derselben für den Fall der Herstellung einer vom Staate anerkannten Bisthumsverwaltung anordnet. Irgend ein Entgegenkommen der Hierarchie war hierzu nicht erforderlich; wo ein solches die Voraussetzung der Anwendung des Juli-Gesetzes ist, hat eine solche nicht stattgefunden. Seitens der beim Erlaß des Juli-Gesetzes im Amte gewesenen Bischöfe hätte die Wiederaufnahme der Staatsleistungen auf Grund dieses Gesetzes sicherlich durch das leiseste Zeichen von Entgegenkommen bewirkt werden können; nichts Derartiges ist aber geschehen. Für die Chancen eines erweiterten Systems diskretionärer Vollmachten ist das bezeichnend. Ein solches wird nur dann Aussicht auf Wirksamkeit haben, wenn von vornherein mit dem Papste die Gegenkonzeption der Hierarchie, ihre Unterwerfung unter diejenigen gesetzlich bestimmten Bestimmungen, welche nicht „diskretionär“ außer Kraft gesetzt werden sollen, vereinbart wäre. Es wird denn auch angenommen, daß die Feststellung dieser Zustände der Kurie, insbesondere betreffs der Anzeigepflicht, die wesentliche

Aufgabe des Unterstaatssekretärs Busch ist, während Alles, was sich auf Verhandlungen über die internationale Stellung des Papstthums bezieht, außerhalb eines sehr engen Kreises darauf Gewicht legender Politiker nicht ernsthaft genommen wird. In der That sind auch alle neueren Andeutungen in dieser Beziehung nicht weniger lustig, als es die von der Ueberfiedelung nach Fulda war, wo Se. Heiligkeit jeden Tag wegen einer Encyclica von jedem sich dadurch beleidigt fühlenden Deutschen vor das Schöffengericht zitiert werden könnte; weder die Ueberlassung Roms an den Papst, noch selbst nur die Verlegung der königlichen Residenz von Rom fort, damit der Papst nicht Gefahr laufe, beim Ausfahren dem Könige zu begegnen, hat die geringste Aussicht, von einer italienischen Regierung bewilligt oder von Europa den Italienern auferlegt zu werden, selbst wenn im hiesigen Auswärtigen Amte Geneigtheit bestände, für ein solches Projekt zu wirken, was trotz der bekannten officiösen Andeutungen höchst zweifelhaft ist. Die Ansicht, daß die Stellung des Papstes der Regierung von 15 Millionen Katholiken nicht gleichgiltig sei, hat Fürst Bismarck allerdings auch schon vor dem kirchenpolitischen Kampfe, bald nach 1870, ausgesprochen; er ist mit ähnlichen neueren Bemerkungen also nur auf einen früheren Gesichtspunkt zurückgekommen; aber das Höchste, was in diesem Sinne geschehen würde, dürfte die Zusage diplomatischer Verwendung bei der italienischen Regierung behufs energischer Maßnahmen bei Anlässen, wie der des Leichenbegängnisses Pius' IX. sein; jede Konzeption territorialer Art müßte nicht bloß Italien aufgezwungen, sondern insbesondere den Römern gegenüber beständig mit Gewalt aufrechterhalten werden, und daran denkt Fürst Bismarck sicherlich nicht.

Eine Gas-Explosion im Nordbahnhof.

Wien, 20. Dezember.

Wer die nervös aufgeregte Stimmung kennt, die unsere Bevölkerung in den letzten Tagen erfaßt hat, der wird begreifen, welchen Schrecken es allgemein erregte, als sich heute Abends in der Stadt die Kunde verbreitete, auf dem Nordbahnhof habe eine Gas-Explosion große Verheerungen angerichtet. „Sind Menschen getödtet?“ „Mit die Zahl der Opfer groß?“ Das waren die ersten Fragen auf den Lippen Aller, die von dem Ereignisse hörten. Wenn auch das Unglück in seiner Größe nicht vergleichbar ist mit der Ringtheater-Katastrophe — Menschenleben sind aber doch wieder der Explosion zum Opfer gefallen, ein Verwalter wurde als Leiche, ein Amtsdienner sterbend von der Unglücksstätte getragen. Zwei andere Personen sind in einem noch nicht bestimmtem Grade verwundet.

Der Bericht, welcher uns über den Unglücksfall zukommt, lautet: „Die Explosion entstand in jenem hinter der Ankunftsallee gelegenen Gebäude, in welchem sich die Bureau's der Finanzbehörde befinden. Vom Thore des Gebäudes führt ein breiter Gang zur Stiege, während eine Thüre an der rechten Seite dieses Ganges in das Amtszimmer führt, wo der Verkehr mit den Parteien stattfindet. In diesem Lokale saßen heute Nachmittags der Verzehrungssteuer-Linienamtsverwalter und Amtsvorstand Wenzel Fischer, der Oberaufseher Jonsedzin, der Amtsdienner Mathias Helreich und noch zwei Beamte. In einer Ecke des Zimmers stand an einem Tische der Amtsdienner Gaunold, mit dem Ordnen von Papieren beschäftigt.

Es war ungefähr 10 Uhr Nachmittags, als eine heftige Detonation ertönte. Hunderte von Fensterscheiben fielen stürzend zu Boden, Laternenpfähle wurden umgerissen, Stühle von Mauerwerk und Trümmern von Holzgegenständen flogen durch die Luft. Eine allgemeine Panik entstand auf dem Bahnhofsplatze und anfangs wußte Niemand, woher die Detonation gekommen. Erst nach einigen Minuten sah man aus dem Fenster des Finanzgebäudes Rauch aufsteigen; eine Reihe von Wachorganen betrat mit brennenden Lampen das Haus, und da war es ihnen auf den ersten Blick klar, daß eine Gasexplosion erfolgt sein müsse. Das gleich beim Thore befindliche Amtszimmer war in allen seinen Bestandtheilen vollständig zerstört. Die Wände waren zertrümmert, der Boden durchlöchernd, das Fenster vollständig vernichtet, der ganze Thürstock in kleine Stücke zersplittert und im Zimmer selbst die gräßlichste Verwüstung. Auf dem breiten Gange aber, den wir oben erwähnt haben, lag ein Leichnam mit verstümmeltem Gesicht und zerschmettertem Schädel. Es war der Amtsvorstand Fischer, der durch die ungeheure Gewalt des explodirenden Gases von der Thüre, vor welcher er in dem Augenblicke der Explosion gestanden hatte, quer über den Gang an die gegenüberliegende Wand geschleudert worden war, und zwar mit solcher Wucht, daß er augenblicklich todt blieb. Die Blutflecken an der Wand, von der Größe eines Kopfes, lassen darauf schließen, daß der Unglückliche mit dem Gesichte zuerst die Wand berührt hat. Aus den übriggebliebenen Theilen seines Kopfes läßt sich dies nicht feststellen, weil derselbe in der entsetzlichsten Weise verstümmelt und zertrümmert ist. Auf die telegraphische Meldung war sogleich ein Böhstrain unter Führung des Ingenieurs Stach, dann zwei Böhsträger aus den Filialen herbeigeleitet. Niemand hatte sich im ersten Augenblicke in das Lokal gewagt, in welchem die Explosion stattgefunden hatte. Der Ingenieur und die Böhsträger traten muthig ein. Sie hörten ein leises Stöhnen aus dem Schutt im ersten Zimmer. Nach langem Suchen fanden sie hinter der Thüre vergraben unter Trümmern von Holz und Ziegeln eine zweite Person, die noch Lebenszeichen von sich gab. Es war der Amtsdienner Gaunold, der mit zerschmettertem Gliedern da lag und nur durch ein schwaches Köcheln bekundete, daß er noch lebte. Mit äußerster Schonung wurde er sofort in ein anderes Zimmer gebracht. Dr. Heinrich kam schnell herbei und rief wurden ihm an den beiden Unterschenkeln, die ganz abgerissen sind, und am rechten Arm Nothverbände angelegt. Gaunold war schon bewußtlos, als er aufgefunden wurde, und in diesem Zustande brachte man ihn auch in das Spital der Barmherzigen Brüder, daß er wohl kaum mehr lebend erreicht hat.

In einer Ecke des Zimmers lag, ebenfalls schwer an Armen und Gliedern verletzt, der Oberaufseher Jonsedzin. Auch ihm wurden Nothverbände angelegt, worauf man ihn in das Spital transportierte. Der Amtsdienner Mathias Helreich wurde nur leicht verletzt und konnte sich noch aus dem Zimmer flüchten. Aus den Aussagen dieses Amtsdienners, sowie des Rutschers Dümling, der gerade in das Zimmer trat, als die Explosion erfolgte, der aber merkwürdigerweise ebenfalls nur leicht verletzt ist, geht Folgendes hervor: Der Amtsvorstand Fischer, der sich schon einmal im Laufe des Nachmittags über einen starken Gasgeruch im Lokale beklagt hatte, rief endlich dem Amtsdienner Gaunold zu: „Ich bitte Sie, sehen Sie doch nach, es muß etwas am Gasometer fehlen.“ Der Diener nahm nun eine brennende Kerze und begab sich mit dieser zum Gasometer. In dem Augenblicke, als er die Kerze dem Gasometer näherte, um diesen genau zu besichtigen, erfolgte die Detonation. Er wurde sechs oder acht Schritte weit geschleudert und blieb bewußtlos liegen. Die Gewalt des Stoßes war jedenfalls eine bedeutende, denn die Wände sind geborsten und Alles, was aus Holz bestand, ist zertrümmert. Am besten ist noch der Rutschers Dämmung davongekommen. Er erschien beim Schalter im Amtszimmer und legte den Betrag von 130 fl., welchen er an die Finanzbehörde abzuführen hatte, auf die Tischplatte. In diesem Augenblicke erhielt er einen Stoß, der ihn zu Boden warf, ohne daß er jedoch verletzt wurde, und als er sich erhob, sah er nur ein Bild der Verwüstung.

In Folge der Detonation begannen auch Stücke von Holz zu brennen; die Feuerwehr, welche sehr bald erschien, hatte jedoch nur eine geringe Aufgabe, nach einigen Minuten war das Feuer gelöscht. Der verstorbene Verwalter Fischer, sowie die beiden Schwerverletzten, der Amtsdienner Jonsedzin und der Amtsdienner Gaunold werden als gewissenhafte und treue Beamte, beziehungsweise Diener, geschilbert. Gaunold war bis vor wenigen Tagen Wagenverwiesener und wurde nur aus Hilfsweise in der Finanzabteilung verwendet. Er stand im 51. Lebensjahre und hinterläßt eine unverfugte Wittve mit einem Kinde. Fischer, der im 49. Lebensjahre stand, hinterläßt eine kinderlose Wittve.

Einem zweiten Berichte entnehmen wir noch folgende Details: Die Leiche des Amtsvorstandes Fischer, welcher 55 Jahre alt, verheiratet, aber kinderlos ist und bereits eine 30jährige Dienstzeit hinter sich hat, sollte in die Todtenkammer des allgemeinen Kranenbause's zur Obduktion übertragen werden. Als aber die Träger mit der Bahre erschienen, fing die Frau des Verunglückten, welche sofort nach der Explosion aus der im ersten Stocke deselben Traktes befindlichen Wohnung herbeigeeilt war, so entsetzlich zu jammern und zu wehklagen an, daß man die Leiche, um die Frau nur einigermaßen zu beruhigen, vorerst in die Wohnung im ersten Stocke übertragen mußte.

(Wiener „Presse“.)

Aus dem Gerichtssaal.

* Posen, 17. Dezember. [I. Strafkammer.] Anfang November d. J. fand die Arbeiterfrau C. in der Nähe von Kerpze im Ghaufegraben ein etwa 8 Wochen altes Kind, welches nothdürftig in ein Kopfsissen eingewickelt war. Die C. nahm das Kind in Pflege. Als Mutter dieses Kindes wurde die unverheiratete Katharina J. ermittelt. Dieselbe bestritt, das Kind ausgehört zu haben, sie habe das Kind der C. auf deren ausdrückliches Verlangen in Pflege gegeben. Die C. bekundete jedoch, daß sie die J. gar nicht kenne, und wurde letztere wegen Ausgehrens eines Kindes zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilt. — Der Knecht Valentin K. aus Strzetuzewo war am 14. Oktober d. J. von seinem Dienstherrn mit einem mit 2 Pferden bespannten Fuhrwerke auf den Bahnhof nach Pudewitz geschickt worden. Dort angekommen, verließ K. dasselbe, ohne die Pferde abzustiegen, um sich zu dem Bahnhofsindektor zu begeben. Durch eine bis jetzt noch nicht aufgeklärte Ursache wurden die Pferde scheu und gingen mit dem Fuhrwerke durch. Im rasenden Galopp bog sie um eine Ecke, an der zwei Arbeiter standen und sich unterhielten. Während der eine von ihnen nur von einem Pferde gestreift wurde und in Folge dessen, ohne sich zu verletzen, in den Graben fiel, wurde der andere zu Boden gerissen und überfahren. Die Verletzungen, welche derselbe hierbei durch Quetschungen des Brustkastens davontrug, waren derart schwer, daß er bereits nach einigen Stunden verstarb. K. ist daher beschuldigt, den Tod dieses Arbeiters durch Fahrlässigkeit verursacht zu haben, indem er hierbei die Aufmerksamkeit zu der er vermöge seines Berufes verpflichtet war, außer Acht gelassen habe. Er wurde zu sechs Wochen Gefängnis verurtheilt. — Zwei Knaben, die im Mai resp. Juni 1869 geborenen Johann Potlak und Johann Maydwal, welche also kaum das strafmündige Alter von 12 Jahren erreicht haben, trafen am 11. November in Sarner zusammen und kamen dahin überein, irgendwo einen Diebstahl auszuführen. P., der bereits einige Geschäftskennntnis besaß, da er kurz vorher wegen Diebstahls eine Gefängnisstrafe von 4 Wochen abgebußt hatte, brachte als Gelegenheit hierzu die Wohnung der Handelsfrau Pauline S. in Borschlag, wo er jenen ersten Diebstahl ausgeführt hatte; M. ging darauf ein. Während M. vor dem Hause Wache hielt, griff P. durch ein Loch im Fenster hindurch, öffnete den Fensterschloß und stieg hierauf durch das Fenster in die Wohnung der S. Er revidirte daselbst das Bett und fand in demselben ein kupfernes Gefäß mit Geld. Den etwa 100 M. betragenden Inhalt schüttete er in seine Taschen und trat den Rückweg durch das Fenster an. Er sowohl wie M. kauften zunächst einige Schwarten und gingen sodann in eine Schaubude. Der Diebstahl wurde jedoch bald bemerkt und der Verdacht der Thäterschaft lenkte sich sofort auf P. Beide Diebe wurden in der Schaubude festgenommen und dem P. das Geld abgenommen, es fehlten 3 M. an demselben. M. stand ebenfalls bereits im Oktober d. J. vor der I. Strafkammer unter der Anklage der Bornahme unächtiger Handlungen, der vorläufigen Brandstiftung und zweier Diebstähle. Er wurde damals auf Grund des § 56 Strafgesetzbuchs freigesprochen, dagegen seine Ueberweisung an eine Besserungsanstalt ausgesprochen. Der Gerichtshof nahm jedoch heute an, daß beide Knaben bei Verübung des Diebstahls die zur Erkenntnis der Strafbarkeit desselben erforderliche Einsicht besaßen haben, und verurtheilte mit Rücksicht auf die große Maffinität bei der Ausführung des Diebstahls den P. zu 6, den M. zu 4 Monaten Gefängnis.

Telegraphische Nachrichten.

München, 22. Dezember. Die Kammer der Reichsräthe lehnte den Antrag der Kammer der Abgeordneten auf Aufhebung der Zivilehe mit 31 gegen 17 Stimmen ab. Für die Annahme des Antrags stimmten Prinz Ludwig, Freiherr v. Franckenstein, der Erzbischof von München und der Bischof von Augsburg; gegen den Antrag sprachen die Reichsräthe v. Bombart, v. Schrenk, Graf Ortenburg, v. Döllinger und der Präsident des Oberkonsistoriums Dr. v. Meyer. — Nach Annahme des Etats des Ministeriums des Innern verlagte sich die Reichsrathskammer bis 3. Januar.

Sternberg, 22. Dezember. Der Landtag ist heute geschlossen worden.

Gumburg, 22. Dezember. Die Bürgerschaft hat den Antrag des Senats, für die Nothleidenden in Folge des Ringtheaterbrandes zu Wien einen Beitrag von 10,000 Mark zu bewilligen, einstimmig angenommen.

Wien, 22. Dezember. Der Kaiser empfing heute die Direktoren der hiesigen Privattheater, welche angeht die gegenwärtigen Situation den Schutz des Kaisers nachsuchten.

Wien, 22. Dezember. Aus Anlaß des Jubiläums der geographischen Gesellschaft fand heute eine Festversammlung statt, welcher der Kronprinz Rudolf, sowie die Erzherzöge Albrecht, Karl Ludwig und Rainer beiwohnten. Der Kronprinz als Protektor der Gesellschaft eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in welcher er der ersten, durch die letzte Katastrophe herbeigeführten Stimmung Ausdruck gab und betonte, das Festgelte der Arbeit des Geistes, der Wissenschaft und dem geistigen Fortschritte. Der Kronprinz erwähnte sodann einer Reihe wichtiger von Oesterreich ausgegangener und durch Mitglieder der Gesellschaft ausgeführter Expeditionen, gedachte des ersten Protektors der Gesellschaft, des Kaisers Ferdinand Max von Mexiko und schloß mit dem Wunsche für das fernere Gedeihen der Gesellschaft. Hofrath v. Hochstetter hielt sodann die Festrede, worauf die Verlesung von inländischen und ausländischen Instituten eingelangten Begrüßungen erfolgte.

Rom, 22. Dezember. [Senat.] Berathung des Budgets des Ministeriums des Aeußern. Saracchiolo verlangte die

Produkten-Börse.

Berlin, 22. Dezember. Wind: NW. Wetter: Etwas kälter.

Weizen per 1000 Kilo loco 202-235 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmehd. - bezahlt, defekter Polnischer - Markt ab Bahn, per Dezember 218 1/2-219 1/2 bezahlt, per Dez-Januar - bezahlt, per Januar-Februar - bezahlt, per Februar-März - bezahlt, per April-Mai 223 1/2-224 1/2 bezahlt, per Mai-Juni 224-224 1/2 bezahlt, per Juni-Juli 224 1/2 bezahlt. Gefündigt 45,000 Zentner. Regulirungspreis 219 1/2 M. - Roggen per 1000 Kilo loco 173-183 M. nach Qualität gefordert, neu inländischer 175-177 a. B. bezahlt, hochfeiner do. 179-180 M. ab B. bezahlt, klammer - M. ab R. bez., alter - Markt ab B. bezahlt, russischer - Markt a. R. bezahlt, feiner - Markt ab Bahn bezahlt, defekter - Markt ab Bahn bezahlt, per Dezember 176 1/2-178 bezahlt, per Dezember-Januar 173 1/2-174 1/2 bis - bez., per Januar-Febr. - bez., per April-Mai 168-169 bis 168 1/2 bezahlt, per Mai-Juni 168-167-168 1/2 bezahlt. Gefündigt 4000 Zentner. - Regulirungspreis 177 1/2 Markt. - Gerste per 1000 Kilo loco 140-200 Markt nach Qualität gefordert. - Hafes per 1000 Kilo loco - Markt nach Qualität gefordert, russischer 140 bis 149 bezahlt, ost- und westpreussischer 145-157 bezahlt, pommerischer und Udermärker 147-152 bezahlt, schlesischer 150-157 bez., böhmischer 150-157 Markt bezahlt, fein weiß mecklenburgischer - Markt ab B. bez. per Dezember 147 1/2 bis - bezahlt, per Dezember-Januar - Markt bez., per April-Mai 147 1/2 bis - bezahlt, per Mai-Juni 147 M. Gefündigt - Zentnr. Regulirungspreis - Markt. - Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 172-215 M., Futterwaare 158 bis 167 M. - Mais per 1000 Kilo loco 145-153 nach Qualität gefordert. per Dezember 148 1/2 bis - bez., per April-Mai 139 bez.,

per Mai-Juni 138 M. Gefündigt - Zentner. Regulirungspreis - M. - Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00: 32,00-30,50 Markt, 0: 29,50-28,50 M. 0/1: 28,50-27,50 Markt. - Roggenmehl inf. Sad 0: 25,50 bis 24,50 Markt, 0/1: 24,00-23,00 Markt, per Dez. 23,60-23,80 23,70 bez., per Dez.-Jan. 23,40-23,55-23,50 bez., per Jan.-Febr. 23,40-23,50-23,40 bez., Febr.-März 23,30-23,35-23,30 bez., April-Mai 23,10-23,20-23,15 bez., per Mai-Juni 22,75-22,80 bez., per Juni-Juli - bez. Gef. 1000 Ztr. Regulirungspreis 23,70 M. - Delfaat 1000 Kilo Winterraps - M. Winterrüben - Markt. - Rübsöl per 100 Kilo loco ohne Fass 56,0 M., mit Fass 56,3 Markt, per Dezember - nom., per Dezember-Januar - bez., per Januar-Februar - bezahlt, per Februar-März - bis - bez., per März-April - bez., per April-Mai 57,6 bis - bez., per Mai-Juni 57,6 M. Gefündigt 2500 Ztr. Regulirungspreis 56,5 M. - Leinöl 100 Kilo loco - nom. - Petroleum per 100 Kilo loco 24,4 Markt, per Dezember 23,9 bezahlt, per Dezember-Januar 23,9 bez., per Januar-Februar 23,9 bis - bez., per Februar-März 24,3 bez., per April-Mai - bez., per Mai-Juni - bezahlt. Gefündigt - Zentnr. Regulirungspreis - Markt. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Fass 48,8-48,7-48,8 bez., per Dez. 50,0-50,2-50,1 bez., per Dezember - Januar 49,9-50,1-50,0 bez., per Januar - Februar 49,9 bis 50,1-50,0 bez., per Februar-März - bez., per März-April - bez., per April-Mai 51,3-51,1 bis - bez., per Mai-Juni 51,5-51,3 bezahlt, per Juni-Juli 52,3-52,2 bezahlt, per Juli-August 52,9 bezahlt. Gefündigt - Liter. Regulirungspreis - M. (B. B. 3.)

M. bez., per Dezember - M. bez., per April-Mai 225-224,5 Markt bez., per Mai-Juni do. - Roggen höher, per 1000 Kilo loco inländischer 165 bis 170 M. abgel. Anmeldung - M. bez., defekter - M. bez., per Dezember 170-170,5 M. bez., per Dezember-Januar - Markt, per April-Mai 165,5-167-166,5 M. bez., per Mai-Juni 163,5 bis 165-164,5 Markt bez. - Gerste unverändert, per 1000 Kilo loco Brau- 153-159 Markt bez., Futter- 130-140 Markt, geringere - Markt, Schlessisch - Markt. - Hafes matt, per 1000 Kilo loco neuer inländischer - M., neuer pommerischer 140-150 M., russischer - M. bez., Schwedischer - M. bez., per April-Mai - M. B., per Mai-Juni - Markt. - Erbsen matt, per 1000 Kilo loco Rodt 170-178 M., Futter- 158 bis 167 M. - Mais ohne Handel. - Winterrüben flau, per 1000 Kilo loco per April-Mai 273 M. B. - Rübsöl niedriger, per 100 Kilo loco ohne Fass bei Kleinigkeiten flüssiges 56 M. B., kurze Lieferung - M. bez., per Dezember 54 M. bez., per Januar-Februar 55 Markt B., 54,5 M. B., per April-Mai 57 Markt bez., 56,75 Markt B., per Mai-Juni - Markt B. - Winterraps per 1000 Kilo loco - Markt B. - Spiritus fest und höher, per 10,000 Liter-pct. loco ohne Fass 47,2 Markt bez., mit Fass - M. bez., kurze Lieferung mit Fass - M. bez., per Dezember und Dezember-Januar 48,7 M. bez., B. u. Gd., per April-Mai 50-50,2 M. bez., 50,1 M. B. u. Gd., per Mai-Juni 50,6 M. bez., B. u. Gd., per Juni-Juli 51,2 Markt B. u. Gd. - Angemeldet: - Ztr. Roggen, 400 Ztr. Rübsöl. - Weizen, - Liter Spiritus. - Regulirungspreise: Weizen - Markt, Roggen 170,5 Markt, Rübsöl 54 Markt, Spiritus 48,7 M., Rüben - Markt. - Petroleum loco 8,4 M. tr. bez., alte Usanz - M. tr. bez., Regulirungspreis 8,4 M. tr. (Dittes-Stg.)

Berlin, 22. Dezember. Wie schon gestern an dieser Stelle hervorgehoben werden konnte, trat die Kaufs-Partei von neuem in Thätigkeit und zeigte der Verlauf des heutigen Geschäftes auch, daß ihr Vorgehen nicht ohne Erfolg blieb. Von den gestrigen Abend-Börsen lagen bereits höhere Notierungen vor und daraufhin setzte auch die heutige Börse mit nicht ganz unbedeutenden Kursavancen ein. In erster Linie hatten diese natürlich die internationalen Spekulations-Papiere aufzuweisen, indes blieben aber auch die heimischen Werthe nicht ganz und gar zurück. Am Geldmarkt ist in sofern eine theilweise Milderung in den Verhältnissen bemerkbar, als die Diskonture sich williger zeigen, der immer noch ziemlich spärlichen Nachfrage zu genügen, wenn schon die Preise für Geld gerade keine Ermäßigungen

erfahren haben. Man zahlte für Prolongationszwecke 7 1/2 pCt. und im Privatwechsellverkehr 4 1/2 pCt. Nach dem sehr festen Anfang zeigte sich aber bald eine ziemlich allgemein auftretende Abwärtigung, die jedoch nur von kurzer Dauer blieb, denn in der zweiten Börsenhälfte gemann die Tendenz von neuem einen sehr festen Charakter und die etwa vorgekommenen Kurseinbußen fanden nicht nur leicht ihre Ausgleichung, sondern die Notierungen hoben sich meist über den Eröffnungsstand. Der Hauptverkehr entwickelte sich auf dem Gebiete der internationalen Spekulations-Papiere, deren Kursstand sich um mehrere Markt hob. Von den österreichischen Eisenbahn-Aktien zeichneten sich Dux-Bodenbacher durch lebhaften Verkehr und steigende Kursbewegung aus. Ebenso wurden die Aktien der Elbthal-Bahn und der österreichischen

Nordwestbahn ziemlich lebhaft umgesetzt. Einheimische Bahnen verhielten sich ruhiger. Bank-Aktien konnten sich gut behaupten und ebenso zeigte sich für Industriepapiere eine günstige Meinung. Anlage-Effekten blieben nach wie vor vernachlässigt. Per ultimo notiren: Franzosen 569,50-568,50-570-569,50, Lombarden 258,50-257,50-258,50 bez. u. Gd., Kreditaktien 620-620,50-619-622-620,50, Wiener Bank-Verein 242 Etm.-240,50, Darmstädter Bank 171,90-171,60-172,10, Diskonto-Kommandit Antheile 224,75-224,40-225,25, Deutsche Bank 164,30-164,90-164,70, Dortmund Union 104,60 bis 104,30-105,25, Laurahütte 127,60-127,30. - Der Schluß war sehr fest. Privatdiskont 4 1/2 pCt.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 22. Dezember 1881.

Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table with columns for bond types (e.g., Staats-Anleihe, Stadt-Obl.) and their corresponding prices in Marks and Pfennigs.

Deutsche Fonds.

Table listing various German bonds and their prices, including titles like 'Rheinl. Reichs-Anl.' and 'Preuss. Anl. v. 1874'.

Russische Fonds.

Table listing Russian bonds and their prices, including titles like 'Russ. Anl. v. 1880' and 'Russ. Anl. v. 1875'.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign bonds from various countries and their prices, including titles like 'Amerik. gef. 1881' and 'Engl. Anl. v. 1874'.

*) Wechsel-Course.

Table showing exchange rates for various locations, including London, Paris, and Vienna, with columns for the location and the exchange rate.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks, including titles like 'Badische Bank', 'Bayr. Anl.', and 'Deutsche Bank'.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway stocks, including titles like 'Aachen-Nassau', 'Bergisch-Märkische', and 'Norddeutsche'.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks, including titles like 'Brauerei Pilsener', 'Deutsche Bauges.', and 'Königsbräu'.

Eisenbahn-Privat-Aktien.

Table listing private railway stocks, including titles like 'Aachen-Nassau', 'Bergisch-Märkische', and 'Norddeutsche'.

Eisenbahn-Stamm-Privat-Aktien.

Table listing private railway stocks, including titles like 'Aachen-Nassau', 'Bergisch-Märkische', and 'Norddeutsche'.

Staatsbahn-Aktien.

Table listing state railway stocks, including titles like 'Aachen-Nassau', 'Bergisch-Märkische', and 'Norddeutsche'.

Rheinl. Reichs-Anl.

Table listing Rhine Province bonds and their prices.

Eisenbahn-Privat-Aktien.

Table listing private railway stocks, including titles like 'Aachen-Nassau', 'Bergisch-Märkische', and 'Norddeutsche'.

Eisenbahn-Stamm-Privat-Aktien.

Table listing private railway stocks, including titles like 'Aachen-Nassau', 'Bergisch-Märkische', and 'Norddeutsche'.

Staatsbahn-Aktien.

Table listing state railway stocks, including titles like 'Aachen-Nassau', 'Bergisch-Märkische', and 'Norddeutsche'.

Ober-Schl. v. 1873

Table listing Ober-Schl. v. 1873 bonds and their prices.

Ausländische Privat-Aktien.

Table listing foreign private stocks, including titles like 'Elijabeth-Weissenhof', 'Gai. Karl-Ludwig', and 'Kronpr. Rud.-Bahn'.